

R1: Die Profiteur*innen müssen die Krise tragen!

Resolution der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 17. September 2022 in Chur (GR)

1. Die Inflation und ihre Gründe

Ganze 9,8%¹ beträgt die Inflation im Euroraum zurzeit. Preise steigen und das Leben wird teurer. Bei gleichbleibendem Lohn heisst das für die Arbeiter*innen, dass weniger Grund- und Konsumgüter für das gleiche Geld gekauft werden können und je nach Einkommen heisst es ein (stärkeres) Abrutschen unter die Armutsgrenze.

Die momentane Inflation ist kein europäisches Ereignis, sondern zieht weitere Kreise. In der Schweiz ist die Inflation mit 3,5%² ausserhalb des Normwerts und in den USA beträgt sie 8,5%³. Als gemeinsamen Auslöser kann man verkürzt unter Coronakrise und Auswirkungen des Ukrainekriegs zusammenfassen. Im Zuge der Coronakrise kam es weltweit zu Verzögerungen oder gar einem Ausfall von Lieferketten, was die zur Warenproduktion verwendeten Grundgüter immens verteuerte. Diese Lieferketten stagnieren teilweise weiterhin. Aufgrund des Kriegs in der Ukraine ist der Seeweg im Schwarzen Meer gelähmt. Vor allem werden Rohstoffe wie Weizen oder Erdöl, aber auch industrielle Produkte weniger verschifft. Hinzu kommt der gestiegene Erdöl- und Gaspreis durch Russlands Exportreduktion oder Importbeschränkungen des Westens.

2. Reaktion von Zentralbanken auf Inflationskrisen

Zentralbanken verfolgen in der Inflationsbekämpfung eine riskante Strategie, die von neoklassischen Fehlschlüssen geleitet ist: Ziel ist das Provozieren einer (leichten) Rezession, weil die Zentralbanken vom neoklassischen Konstrukt der sogenannten "Lohn-Preis-Spirale" ausgehen. In dieser bürgerlich-ökonomischen Betrachtungsweise des Markts tragen die Gewerkschaften und Arbeiter*innen die Schuld, dass die Preise in die Höhe schiessen, weil sie bei Nachfrageüberhang höhere Löhne zur Kompensation einfordern. Die Reaktion ist die Erhöhung des Leitzins, was zu einer Erhöhung der allgemeinen Zinsen führt. Dies wiederum führt auch zu einer Senkung des Kapitalbezugs von Banken und zu einer Senkung der Kaufkraft. Da damit die Nachfrage sinkt, müssen nach kapitalistischer Logik Unternehmen die Preise erhöhen, die Löhne senken oder Arbeiter*innen entlassen, damit die Profite erhalten bleiben.

Momentan funktioniert die Lohn-Erklärung aber selbst aus bürgerlicher Perspektive nicht: Die genannten Auslöser sind bekannt und unumstritten - selbst wenn das Potential dafür aufgrund eines ungezügelter globalisierter Marktes natürlich schon vorher gegeben war. Die Zentralbanken verhalten sich dennoch nach neoklassischem Lehrbuch, das von einer Inflation aufgrund "zu hoher" Löhne ausgeht, obwohl sie eigentlich von (zeitlich begrenzten) Schockmomenten ausgelöst wird. Der Grund dafür: Das Märchen der Lohn-Preis-Spirale rechtfertigt für die von neoliberaler Ideologie geprägten Zentralbanken, wieso sie gerade versuchen, die 99% für die Krise bezahlen zu lassen, statt dass die weiterhin Profitierenden zur Kasse gebeten werden: Die Reichsten und Konzerne.

3. Lohn-Preis-Spirale ist eigentlich eine Gewinn-Preis-Spirale

Die Ausgangslage ist perfide: die Kaufkraft ist tief, Löhne werden gesenkt, Arbeiter*innen entlassen und die Unternehmen fahren weiterhin Profite in gleichem oder bei Beruhigung der Inflationslage sogar höherem Niveau ein. Denn Preise, die durch ein bestimmtes Niveau höhere Gewinne versprechen, werden nicht mehr nach unten korrigiert, sondern Übergewinne werden akkumuliert. Was die neoliberalen Wirtschaftstheorien als Lohn-Preis-Spirale betiteln, ist in Wahrheit eine Gewinn-Preis-Spirale. Der Ansatz der Zentralbanken ist also falsch. Es

¹[Inflation in Europa im Juli 2022 | Statista](#). (01.09.2022).

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/teuerung-in-der-schweiz-inflation-in-der-schweiz-steigt-auf-3-5-prozent> (01.09.2022).

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/191086/umfrage/monatliche-inflationsrate-in-den-usa/> (01.09.2022).

ist selbstverständlich, dass die Löhne nicht gesenkt, sondern erhöht werden müssen, damit in einer Inflation der Lebensstandard der Bevölkerung erhalten bleiben kann. Damit die Preise dabei nicht weiter steigen, muss diese Spirale durchbrochen werden, indem die Gewinne der Unternehmen einerseits gedeckelt und andererseits fürs Gemeinwohl abgeschöpft werden.

Gerade die Inflation zeigt, wie der Kapitalismus auf der Ausbeutung der 99% basiert. Für die JUSO Schweiz ist deshalb klar, dass dieser Teufelskreis durchbrochen werden muss:

- Für die 99% müssen jetzt Prämienverbilligungen, Gratis-ÖV-Tickets und die Übernahmen der Mietkosten zur Verfügung gestellt werden, finanziert durch eine Erhöhung der Gewinnsteuer auf 29,4%.
- Das Agieren der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu Gunsten des Kapitals muss ein Ende haben. Die SNB muss demokratisiert werden: die Entscheidungen über Preisstärken und den Einsatz von Gewinnen muss von der Bevölkerung entschieden werden.
- Grundversorgungen dürfen weder privat geregelt, noch profitorientiert sein. Es darf nicht vorkommen, dass Wohnen, Leben und Arbeiten für Menschen unerschwinglich wird.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen.

R2: Energieknappheit: Die 99% dürfen nicht unter den Fehlern der Rechten leiden

Resolution der Geschäftsleitung zuhander der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 17. September 2022 in Chur (GR)

Kurz nach dem Anfang des Krieges in der Ukraine begann die Angst vor Energieknappheit Schlagzeilen zu machen. Tatsächlich stammten vor dem Krieg 45% der Gasimporte der Europäischen Union (EU) aus Russland. Heute beläuft sich die Zahl eher auf ungefähr 15%. Was die Schweiz betrifft, so verfügt sie über keine eigenen Gasspeicher und ist daher komplett von Importen abhängig, vor allem aus Deutschland (und daher indirekt aus Russland). Eine Gasknappheit in der Europäischen Union hätte deshalb direkte Auswirkungen auf die Schweiz.

Auch im Stromsektor zeichnet sich eine Verknappung an. Einerseits, weil Gas heute notwendig ist zur Stromproduktion in Europa und die Schweiz direkt in den europäischen Strommarkt integriert ist. Andererseits, weil mehr als die Hälfte der französischen Atomkraftwerke, deren Strom in die Schweiz importiert wird, nach Sicherheitskontrollen abgeschaltet wurden.

Es ist wichtig, die kapitalistische Dimension dieser bevorstehenden Knappheit hervorzuheben. Der Krieg entspringt dem Kapitalismus ebenso, wie der Nicht-Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, der sich aus der Wichtigkeit von kurzfristigem Profit ableitet und uns in diese Abhängigkeit bringt. Hinzu kommt, dass der Strommarkt innerhalb der Europäischen Union liberalisiert ist, was Spekulation begünstigt, die Entwicklung erneuerbarer Energien behindert und eine Planung gemäss den Bedürfnissen der Bevölkerung verunmöglicht. Diese Knappheitssituation ermöglicht es den Gas-, Öl und Stromfirmen extreme Profite zu erzielen.

Was die Folgen dieser Knappheit angeht, rechnet man in erster Linie mit einem Anstieg des Strom-, Öl- und Gaspreises. Dieser Anstieg darf auf keinen Fall auf die 99% abgewälzt werden, insbesondere nicht durch höhere Belastung für Mieter*innen. Der Bundesrat hat bisher nichts unternommen um zu verhindern, dass die 99% für diese Krise bezahlen. Das muss sich ändern. Deshalb fordern wir die sofortige Einführung folgender Massnahmen:

- Eine Deckelung der Kosten für Strom und fossile Brennstoffe auf dem Niveau vor der Krise, wobei der Staat die Differenz bezahlt.
- Die Übernahme der zusätzlichen Heizkosten durch die jeweiligen Immobiliengesellschaften.
- Eine zumindest temporäre Preisreduktion im öffentlichen Verkehr (1 CHF pro Tag und Tarifverbund).

Was die Massnahmen zur Einsparung von Energie betrifft, so müssen diese in erster Linie auf nutzlosen oder schädlichen Energieverbrauch abzielen. Die Massnahmen dürfen nicht auf dem Rücken der 99% ausgetragen werden. Ausserdem müssen sie auf gerechte Weise finanziert werden. Daher fordern wir:

- Die Identifikation der Einheiten, die am meisten fossile Energie konsumieren, ihre Umrüstung unter ökologischen und energieeffizienten Gesichtspunkten, sowie die demokratische Planung ihrer Produktion
- Das Verbot von Lichtwerbung und kommerzieller Beleuchtung ausserhalb der Öffnungszeiten
- Das Verbot von energieintensiven Luxuspraktiken (z.B. beheizte private Swimming Pools)
- Keine Massnahmen, die die Grundbedürfnisse der 99% treffen (z.B. Heizungsabschaltungen)

- Finanzielle Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen, die aufgrund der steigenden Energiepreise in Schieflage geraten
- Keine Erhöhung des Strompreises zur Finanzierung der Massnahmen gegen die Knappheit (z.B. Abwälzung der Kosten für die zusätzliche Wasserrückhaltung bei Staudämmen)
- Die Einführung einer Steuer auf die Übergewinne der Unternehmen (Gas, Öl etc.), die von dieser Krise profitieren, um die Massnahmen gegen die Knappheit zu finanzieren

Es reicht aber nicht, Massnahmen zu ergreifen, um auf diese Knappheit zu reagieren. Es müssen auch Massnahmen ergriffen werden, damit sich dies nicht wiederholt. Denn diese Knappheit ist eine direkte Konsequenz der Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Energieträgern. Deshalb fordern wir:

- Eine staatliche Investition von 2 Milliarden, um die Anzahl Photovoltaikanlagen bis im Herbst 2023 massiv auszubauen
- Die Ausbildung von genügend Personal für die Installation der Photovoltaikanlagen
- Die Stärkung des Windkraftsektors und der Kapazitäten zur Speicherung der Windenergie
- Das absolute Verbot der Erdgasproduktion in der Schweiz

Empfehlung der Geschäftsleitung: annehmen.